

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zum Gipfeltreffen in Washington und zum Europäischen Rat in Kopenhagen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Unterzeichnung der amerikanischen-sowjetischen Vereinbarung über die vollständige und weltweite Abschaffung landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen. Auch die Bundesrepublik Deutschland erhält dadurch mehr Sicherheit. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht des US-Senats, den INF-Vertrag so schnell wie möglich zu ratifizieren.
2. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß auch die Grundlinien für die Verringerung der strategischen Waffen und eine zeitlich festgelegte Unkündbarkeit des ABM-Vertrages, die einen Rüstungswettlauf im All verhindern soll, vereinbart werden.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Fortschritte auf dem Weg zu einem umfassenden Teststop-Abkommen. Er fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß nach den nun vereinbarten Test-Begrenzungen, unabhängig von Verhandlungen über eine weitere Verringerung der Atomwaffen, zügig ein Verbot aller Atomwaffen-Tests verwirklicht wird, damit der qualitative Rüstungswettlauf wirksam verhindert werden kann.
4. Der Deutsche Bundestag fordert den baldigen Abschluß eines weltweiten Verbots der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen und unterstützt die Schaffung einer C-waffenfreien Zone in Europa als konstruktiven Schritt hin auf dieses Ziel.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich mit eigenen Beiträgen im Bündnis und gegenüber den beiden Großmächten dafür einzusetzen, daß die Abrüstung in Europa weitergeht, und zwar bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen einschließlich der Raketen mit einer Reichweite unterhalb von 500 km und bei den konventionellen Streitkräften. Diese atomaren und konventionellen Streitkräfte und Rüstungen müssen in ihrer besonderen Gefährdung für Europa gesehen werden. Über sie muß unverzüglich verhandelt werden.

Die Vereinbarung eines atomwaffenfreien Korridors enthält nach der Abschaffung landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen erhöhte Aktualität und Dringlichkeit.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt die zwischen den USA und der Sowjetunion getroffene Vereinbarung, die Stationierung aller Mittelstreckenwaffen sofort zu beenden. Er geht davon aus, daß künftig keine Übungen mit den zum Abbau vorgesehenen Atomwaffen durchgeführt werden.

Bonn, den 9. Dezember 1987

Dr. Vogel und Fraktion